

Berufs-Tipps für Flüchtlinge

Beratungsangebot der IG Metall

Schon seit einiger Zeit finden erste Flüchtlinge den Weg in die Beratungsstelle „Der Laden“ im Haus des Bundesvorstandes der IG Metall an der Wilhelm-Leuschner-Straße. Dort lassen sie sich in Einzelgesprächen über ihre beruflichen Möglichkeiten und weiterführende Angebote informieren. In dieser Woche wurde „Der Laden“ offiziell eröffnet. Nach Angaben von Jürgen Kerner, Hauptkassierer der IG Metall, soll er künftig noch mehr bieten als Berufsberatung. Geplant sind Deutschkurse, Lesenachmittage und Workshops, die sich mit vermeintlich einfachen Fragen beschäftigen wie etwa der, wie der Straßenverkehr in Deutschland funktioniert und was man tun muss, um ein Bankkonto zu eröffnen.

Die Idee, eine Anlaufstelle in der Nähe des Hauptbahnhofs einzurichten, hatte Bianka Huber vom IG-Metall-Bundesvorstand, die bei der Gewerkschaft eigentlich für Kulturveranstaltungen zuständig ist. Die Flüchtlingskrise im vergangenen Jahr hat sie persönlich so bewegt, dass sie über Hilfsangebote nachgedacht hat. „Mein Wunsch ist, so viel Menschlichkeit anzubieten, wie es irgend geht“, sagte sie bei der Eröffnung.

Mit dem Frankfurter Verein Berami, der sich seit Jahren um die berufliche Integration von Migranten bemüht, fand Huber einen Kooperationspartner, der die eigentliche Berufsberatung übernimmt. Das Unternehmen Mypegas wiederum vermittelt Praktika und Qualifizierungen.

Derzeit, so Huber, kämen 20 bis 30 Ratsuchende am Tag, täglich würden fünf bis sechs Termine für die berufliche Beratung vergeben. Nach Angaben von Maja Mohn, einer der beiden Beraterinnen von Berami, bitten bisher vor allem junge arbeitswillige Männer um ein Gespräch. Das Spektrum reiche vom Handwerker, der Analphabet sei, bis zum Universitätsprofessor.

Das Angebot der Gewerkschaft ist nicht das einzige für arbeitssuchende Flüchtlinge in Frankfurt. Im „Arbeitsmarktbüro“ arbeiten Arbeitsagentur, die Stadt und das Jobcenter zusammen. Auch die Caritas, Berami und der Verein zur beruflichen Förderung von Frauen sind auf diesem Gebiet tätig. *mch.*

„Vertrauen der Eltern verspielt“

Dass die Kooperative Gesamtschule in Niederrad nun doch nicht eröffnet, wertet der Stadtelternbeirat als Versagen der Bildungspolitik. Die SPD sieht im Scheitern auch eine Chance.

Der Stadtelternbeirat wirft dem Bildungsdezernat und dem Staatlichen Schulamt abermaliges Versagen in der Schulplanung vor. Grund ist die Entscheidung, die Eröffnung der Kooperativen Gesamtschule Niederrad auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Eigentlich hätte die KGS nach den Sommerferien den Betrieb aufnehmen sollen. Im ersten Jahrgang sollten 175 Fünftklässler in getrennten Klassen für Gymnasiasten, Real- und Hauptschüler unterrichtet werden. Allerdings haben sich längst nicht genügend Schüler angemeldet. Lediglich eine kombinierte Real- und Hauptschulklasse war möglich gewesen, eine Gymnasialklasse wäre gar nicht zustande gekommen.

Der Stadtelternbeirat sieht eine Kontinuität misslungener Schulplanung und erinnert an das Gymnasium Nied, das zum vergangenen Schuljahr eröffnet wurde und ebenfalls nur sehr geringe Anmeldezahlen hatte. Die Eltern hätten gehofft, die Verantwortlichen würden daraus lernen, doch der Fall der KGS Niederrad zeige nun: „Es geht doch noch schlimmer.“ Angefangen habe es mit dem „über Nacht in den politischen Verhandlungen“ der schwarz-grünen Römer-Koalition gefassten Entschluss, die eigentlich als integrierte Gesamtschule (IGS) geplante Bildungsstätte zu einer KGS zu machen. Anders als im Partizipationsverfahren zum Schulentwicklungsplan besprochen, sei außerdem beschlossen worden, die Schule nicht 2019, sondern schon 2016 zu eröffnen.

„Bedauerlicherweise hat das im Staatlichen Schulamt niemanden so wirklich interessiert“, sagt Alix Puhl, die Vorsitzende des Stadtelternbeirats. Obwohl die Stadt die Schulgründung schon im Frühjahr 2015 beschlossen hatte, habe die dem Kultusministerium unterstellte Behörde erst im Januar 2016 eine Leiterin für die Planungsgruppe bestimmt. Die sei zwar mit Elan und Ideen ans Werk gegangen,



Hier hätte sie stehen können: Da die Gründung der KGS abgesagt ist, darf die Salzmannschule das Gelände weiter nutzen. Foto SICK

, doch die Stadt habe es versäumt, die Standortfrage zu beantworten, sagt Puhl. Der Lernraum sei aber als „dritter Pädagoge“ – neben Lehrern und Mitschülern – ein wichtiger Faktor, wie eine Schule arbeite und ob sie angenommen werde.

Bei der Standortsuche musste die Stadt mehrere Rückschläge einstecken. Geprüft wurde unter anderem ein Sportgelände an der Lyoner Straße und ein Areal in der Bürostadt Niederrad, das, wie Puhl anmerkt, „zwischen Großbaustelle, Kläranlage und achtspuriger Autobahn“ liegt. Schließlich fiel die Wahl auf eine Liegenschaft an der Goldsteinstraße, die bisher als Außenstelle der Salzmannschule dient. Der Makel: Die in Niederrad etablierte Hauptschule wollte das Haus selbst weiter nutzen, außerdem hätten auf dem Gelände Container aufgestellt werden müssen.

Wie Puhl sagt, ist es angesichts dieser Umstände nicht verwunderlich, dass sich so wenige Familien entschlossen haben, ihr Kind auf die KGS zu schicken. Dass es so wenige Anmeldungen gebe, sei der Stadt und dem Staatlichen Schulamt schon seit dem Ablauf der Anmeldefrist im März bekannt gewesen. Trotzdem sei

den Eltern erst in dieser Woche informiert worden, dass die Schule nicht eröffnet werde. Leidtragende seien die Familien, die die KGS als Erst- oder Zweitwunsch angegeben hätten. Ihnen sei die Chance verwehrt worden, die gesetzlich festgelegten zwei Wünsche zu äußern. „Das nennt sich dann verlässliche Schulpolitik.“

Puhl spricht noch ein anderes Problem an: Die fünften Klassen der Realschulen und der Integrierten Gesamtschulen seien bis an den Rand der Kapazität belegt. Nachdem die KGS nun nicht mehr als Alternative in Frage komme, werde es sehr schwer für ein Kind, das die Schule später wechseln will oder muss, einen Platz in diesen Bildungsgängen zu finden. „Das Vertrauen der Frankfurter Eltern ist in jedem Fall erneut verspielt.“

Ähnlich hart wie der Stadtelternbeirat geht die Römer-FDP mit den Verantwortlichen im Bildungsdezernat und im Staatlichen Schulamt ins Gericht. In Sachen KGS sei nun wohl der Höhepunkt einer Pannenserie erreicht. „Dass nach all dem organisatorischen Chaos die Schuleröffnung gescheitert ist, verwundert uns

Freie Demokraten überhaupt nicht“, sagt Stefan von Wangenheim, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Die Planungsgruppe sei viel zu spät eingesetzt worden, auch Bildungsdezernentin Sarah Sorge (Die Grünen) habe keine Eile bei der Standortsuche gehabt. Dabei sei es von Anfang an klar gewesen, dass Eltern ihre Kinder nicht freiwillig auf eine „Phantomschule“ schicken würden.

Die SPD Niederrad schließt sich zwar der Kritik des Stadtelternbeirats an der verfehlten KGS-Planung an, hält die Entscheidung, die Schuleröffnung abzusetzen, aber dennoch für richtig. Nun bestehe für die Planungsgruppe die Chance, ohne Zeitdruck ein für Niederrad passendes Konzept zu entwickeln. Geeigneter sei die überkommene Schulform KGS als die einer IGS. Auch die Standortsuche könne nun entspannter verlaufen. Eine provisorische Unterbringung in der Außenstelle der Salzmannschule wäre auf deren Kosten gegangen, sagt SPD-Ortsbeirätin Petra Korn-Overländer. Sie geht davon aus, dass die Hauptschule die Liegenschaft nun auch im nächsten Schuljahr nutzen könne. *trau.*

FRANKFURT & FRANKFURTER



Radeln auf dem Campus

Metzler – dieses Verb findet sich nicht in herkömmlichen Wörterbüchern. In Frankfurt aber kennt es mancher. Otto von Bismarck prägte den Begriff einst, um Emma Metzler zu preisen; genauer, ihre besondere Gabe die unterschiedlichsten Menschen in ihrem Salon miteinander ins Gespräch zu bringen. Renate von Metzler führe diese Familientradition in bester Weise fort, sagte ihr Vetter Friedrich von Metzler, der zusammen mit der Familie und Universitätspräsidentin Birgitta Wolff zur Feier des 75. Geburtstags der Ehrenschatzlerin der Goethe-Universität eingeladen hatte. Weil es deutlich mehr Zusagen gab als erwartet, musste die Feier vom Festsaal ins Audimax verlegt werden. Die große Resonanz freute Renate von Metzler auch deshalb, weil sie sich statt Geschenken Spenden gewünscht hatte. Ein sechsstelliger Betrag sei zusammengekommen, aus dem nun Zuschüsse zu Projekten an der Uni gegeben werden könnten, berichtete sie. Ein Präsent für die Jubilantin gab es dann aber doch. Präsidentin Wolff übergab ihr ein himmelblaues Fahrrad, mit dem sie künftig über den Campus radeln kann. Das größte Geschenk für sie aber war ein Konzert des Duos Runge & Amon. Denn, so Renate von Metzler, „zuhören ist das Einzige, was ich richtig gut kann“ – und eben metzlern. *cp.*



Renate von Metzler

Kein Weg zurück

Noch einmal für ein politisches Amt zu kandidieren, kann sich Udo Corts nicht vorstellen. Wie der Vorstand der Deutschen Vermögensberatung gestern während seines Vortrags „Von der Verwaltung in die Politik und dann in die Wirtschaft“ im Union International Club sagte, ist er glücklich, jetzt ohne die stets kritische Begleitung der Öffentlichkeit Projekte vorantreiben zu können. Der frühere Frankfurter Stadtrat, CDU-Vorsitzende und ehemalige hessische Wissenschaftsminister erinnert sich mit gewisser Bitterkeit an die Anfeindungen, die er im Zusammenhang mit den Studiengebühren erlebte. Er verweist aber auch auf die Gestaltungsmöglichkeiten, die ein politisches Amt biete, etwa während der Planung des Campus Westend. In der Wirtschaft könne man in dieser Hinsicht weniger bewirken. Darum warb er dafür, die Politik zu unterstützen, wenigstens durch ein Kreuzchen bei der Wahl. *cp.*

Kurze Meldung

Altstadt in Leichter Sprache
Zu einem Rundgang durch die Altstadt in Leichter Sprache lädt die Volkshochschule für morgen ein. Treffpunkt ist am Gerechtigkeitsbrunnen um 17 Uhr. Die Führung kostet acht Euro, Begleitpersonen zahlen nichts. Eine Anmeldung ist über die VHS unter der Kursnummer 0200-01, aber auch an Ort und Stelle möglich. *pach.*

RHEIN-MAIN-ZEITUNG

Zeitung für Frankfurt

VERANTWÖRTLICHER RESSORTLEITER: Dr. Matthias Alexander, Manfred Köhler (stv.)

Patricia Andreae, Peter Badenhop, Mechthild Harting, Katharina Iskandar, Ingrid Karb, Christian Palm, Hans Riebsamen, Tobias Rösmann, Rainer Schulze, Helmut Schwan, Dieter Schwöbel, Stefan Toepper, Matthias Trautsch, Jacqueline Vogt, Sascha Zoske.

KULTUR: Michael Hierholzer (Koordination); Dr. Florian Balke, Eva-Maria Magel, Christian Riethmüller.

WIRTSCHAFT: Manfred Köhler (Koordination); Petra Kirchhoff, Jochen Remmert, Daniel Schleidt, Thorsten Winter.

KORRESPONDENTEN: Wolfram Ahlers, Bernhard Biener, Oliver Bock, Werner Breunig, Luise Glaser-Lotz, Rainer Hein, Dr. Ewald Hettröd, Heike Lattka, Hanns Mattes, Markus Schug, Eberhard Schwarz

LANDESPOLITIK: Ralf Euler.

RHEIN-MAIN-SPORT: Für Rhein-Main-Sport wird redigiert von der Sportredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; verantwortlich: Anno Hecker; Marc Heinrich, Leonhard Kazda, Ralf Weitbrecht.

ANSCHRIFT FÜR DEN VERLAG UND REDAKTION: Postanschrift: 60267 Frankfurt am Main Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4,

60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7591-0, Redaktions-Telefax (069) 7591-1773 und -2075, E-Mail-Adresse der Redaktion: rhein-main@faz.de

VERANTWÖRTLICHER FÜR ANZEIGEN: Michael Hollfelder, Ingo Müller, RheinMainMedia GmbH, Frankfurter Allee 71–81, 60327 Frankfurt am Main, Telefon (069) 7501-4000, Telefax (069) 7501-4105. Anzeigenpreise laut RMM-Preisliste Nr. 21, gültig vom 1. Januar 2016 an.

Beilagenhinweis: Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der folgenden Firmen bei: Karstadt Warenhaus GmbH; Möbel

Segmüller; Scheck-in-Center; Parfümerie Douglas; Saturn Electro.

Informationen zur Prospektwerbung: Telefon: 069/75 01-41 13; Telefax: 069/75 01-41 16; E-Mail: beilagen@rheinmainmedia.de

Stadt lockert Vorgaben für Stellplätze

Wohnungsbauer dürfen im Zentrum selbst entscheiden, wie viele Parkplätze sie bauen

Um den Wohnungsbau weiter zu erleichtern, hat die Stadt die geplante Novelle der Stellplatzsatzung noch einmal überarbeitet. Dem Vernehmen nach soll es den Bauherren in der am besten erschlossenen Innenstadtzone, zu der auch das Bahnhofsviertel sowie Teile des Ostends, des Westends und Sachsenhausens gehören, freigestellt werden, wie viele Stellplätze sie beim Neubau von Wohnhäusern schaffen. Der Sprecher von Wohnungsdezernent Olaf Cunitz (Die Grünen) bestätigte gestern entsprechende Informationen. Der Entwurf der neuen Stellplatzsatzung sei fertig und werde von Cunitz in den nächsten Tagen unterzeichnet und in den Magistrat gegeben.

Auch beim Ausbau von Dach- und Kellergeschoss zu Wohnraum entfällt künftig der Stellplatznachweis. Für weniger gut erschlossene Viertel außerhalb der Innenstadt sowie für den Gewerbebau wird in der neuen Satzung jedoch genau geregelt, wie viele Parkplätze bei Neubauten hergestellt werden müssen.

Auf einer Informationsveranstaltung der Kanzlei FPS am Dienstagabend stellte Markus Radermacher, stellvertretender Leiter des Stadtplanungsamts, die schon bekannten Eckpunkte, die Cunitz im Dezember präsentiert hatte, abermals vor. Anders als Berlin hat sich die Stadt Frank-

furt gegen eine Abschaffung der Stellplatzsatzung entschieden. „Wir glauben, dass wir eine Satzung brauchen“, sagte Radermacher, denn Frankfurt habe einen besonders hohen Pendlerüberschuss. Außerdem dürfe der Parkdruck nicht komplett auf den öffentlichen Raum verlagert werden.

Bauherren klagen schon lange über die unflexible Frankfurter Stellplatzsatzung. Es gebe eine Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Bedarf und den Vorgaben der Satzung, die sich auch auf die Baukosten auswirken. Diesem Unbehagen und den veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen will die Stadt mit der Novelle Rechnung tragen. Künftig sollen Stellplatzsatzung und Stellplatzschränkungsatzung zu einer Satzung verschmolzen werden. Als Bezugsgröße soll nicht mehr die Nutzfläche, sondern die Bruttogeschossfläche gelten. Die Stadt will künftig Ober- und Untergrenzen für die nötige Anzahl von Stellplätzen festsetzen, innerhalb deren die Bauherren mehr Flexibilität haben. Die Grenzen orientieren sich an der Erschließungsqualität mit schienegebundenem Nahverkehr.

Abhängig von der Erreichbarkeit mit Bus und Bahn müssen in gut erschlossenen Vierteln weniger Stellplätze nachgewiesen werden als in weniger gut erschlos-

senen. Am Stadtrand, aber auch in weiten Teilen des Nordends, Bornheims und Sachsenhausens liegt der Mindestwert im Wohnungsbau bei 1,1 Stellplätzen pro 100 Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Entlang der vielbefahrenen U-Bahn-Trasse der Linien 1, 2 und 3 sowie in Bockenheim, im Europaviertel und in Höchst sind nur 0,8 Stellplätze je 100 Quadratmeter nötig. Bauherren von Bürogebäuden in der Innenstadt dürfen künftig einige Stellplätze mehr bauen als bisher. Die Beschränkung wird etwas zurückgenommen von zehn auf 15 Prozent des rechnerisch notwendigen Werts.

Bauherren, die besondere „Mobilitätskonzepte“ wie Car-Sharing oder ein Job-Ticket vorweisen, können auf die Hälfte der eigentlich nötigen Stellplätze verzichten. Wer keine Stellplätze herstellen kann, hat die Möglichkeit, sie durch Zahlung eines Geldbetrags „abzulösen“. Eine Mindestanzahl herzustellender Stellplätze verbleibt aber in jedem Fall. Im Wohnungsbau sollen auch drei Fahrradabstellplätze pro Wohneinheit verbindlich nachgewiesen werden müssen. Zuhörer wiesen darauf hin, dass für laufende Bauvorhaben eine Übergangsregelung zwischen der alten und der neuen Satzung nötig sei. „Mit der neuen Satzung steht man besser da“, sagte Radermacher. *rsch.*

Heilig kritisiert Pläne zur Ökostrom-Reform

Scharfe Kritik an den Plänen der Bundesregierung zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hat Umweltdezernentin Rosemarie Heilig (Die Grünen) geübt. Die Reform sei in Wahrheit eine „Laufzeitverlängerung für klimaschädliche Braunkohlekraftwerke“, teilte Heilig mit. Der Fortschritt werde abgewürgt, „um eine todegeweihte Industrie noch einige Jahre am Leben zu halten“. Heilig reagierte damit auf die Ankündigung aus Berlin, die Subventionen für die erneuerbaren Energien weiter abzusenken und Wettbewerb auf dem Ökostrom-Markt zuzulassen.

Heilig zufolge hat die geplante Reform mehrere negative Folgen für Frankfurt. Gerade in Hessen würde der Bau neuer Windräder durch diese Politik massiv gedrosselt. Dabei seien dezentrale Windparks rund um die Metropole sinnvoller als teure und umstrittene Überlandleitungen. Und Heilig kritisierte, dass die Regierung aufwendige Ausschreibungen für größere Windparks und Solaranlagen plane. Damit würden in Frankfurt die kleineren Solar-Initiativen aus dem Markt gedrängt, die bisher die Energiewende getragen hätten. (Siehe Seite 48.) *mch.*

Günstige Wohnungen sichern

Cunitz bittet Land um Verbot von Zweckentfremdung

Planungsdezernent Olaf Cunitz (Die Grünen) hat die Landesregierung schriftlich dazu aufgerufen, ein Verbot der Wohnraumzweckentfremdung wieder einzuführen. Es sei besonders wichtig, die vorhandenen, gegenüber Neubauten wesentlich günstigeren Mietwohnungen in ihrem Bestand zu sichern, schreibt Cunitz. Derzeit läuft in Wiesbaden die öffentliche Anhörung des zuständigen Landtagsausschusses über ein solches Verbot.

In Hessen galt bis 2004 ein entsprechendes Gesetz. Cunitz zufolge wurden von 1985 bis 2003 fast 9000 Wohnungen aus zweckfremden Nutzungen zurückgewonnen, erhalten oder hinzugezogen. Außerdem nahm die Stadt durch Ablöse- und Ausgleichsbeträge sowie Bußgelder rund zwölf Millionen Euro ein, die ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaus verwendet werden durften. Doch seit 2004 habe der Magistrat zur Intervention gegen viele Formen der Zweckentfremdung von Wohnraum keine rechtliche Handhabe mehr.

So könnten Bauherren derzeit nicht verpflichtet werden, günstigen Bestands-

wohnraum zu ersetzen, wenn sie Häuser abbrechen oder die Nutzung ändern. Wenn Wohnräume etwa als „Boardinghouse“ genutzt würden, könne die Bauaufsicht dagegen nicht vorgehen. Die Stadt könne auch nicht eingreifen, wenn Wohnraum leersteht. „Ein hessisches Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum wäre hilfreich, um in den genannten Fällen, die durch das Bau- und Planungsrecht nicht abgedeckt werden, einen wirksamen Bestandschutz wieder zu etablieren“, schreibt Cunitz.

Er empfiehlt dem Land, sich an der bayerischen Gesetzgebung zu orientieren und den Gemeinden ein Satzungsrecht zuzuwenden. Die Stadt könne dann schnell und flexibel reagieren. Außerdem plädiert der Dezernent für die Einführung eines Genehmigungsvorbehalts bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten mit Milieuschutzsatzung. „Es ist davon auszugehen, dass die positive Steuerungsfunktion von Milieuschutzsatzungen dadurch deutlich gesteigert werden kann.“ *rsch.*

Neu & exklusiv

bei Sunflower

Die Weltneuheit: Gas Grills made by



Herausragende Qualität mit bis zu 25 Jahren Herstellergarantie. BroilChef Paramount.

SUNFLOWER GARTENCENTER
An der A 661 · Am Martinszehnten 15 · 60437 Frankfurt
Telefon 069-50 00 49-0 · www.sunflower-gartencenter.de

SUNFLOWER